

 Dieser Text wurde zuerst am 03.04.2022 auf [www.roarmag.org](https://roarmag.org) unter der URL <https://roarmag.org/essays/poland-belarus-refugees-boarder/> veröffentlicht. Lizenz: Grupa Granica/ROAR Magazine, CC BY-NC-ND 4.0



Solidarität bilden gegen Polens heuchlerische Flüchtlingspolitik

Die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge in Polen hat das Bild eines Landes gezeichnet, das Flüchtlinge willkommen heißt. Doch die Krise an der Grenze zu Weißrussland erzählt eine ganz andere Geschichte.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat mehr als 10 Millionen Menschen dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen. Die meisten von ihnen haben innerhalb des Landes Zuflucht gesucht. Aber bis Anfang April sind etwa 4,2 Millionen Menschen ins Ausland geflohen, von denen sich derzeit etwa 2,4 Millionen in Polen befinden. Für diejenigen, die dort aufgenommen wurden, sehen wir als Reaktion auf diese brutale Krisensituation die Fähigkeit zur Unterstützung. An sich ist dies ein Beispiel dafür, wie Gesellschaften die Täuschung des Mangels teilweise überwinden und die Grundbedürfnisse der Menschen erfüllen können.

Gleichzeitig untergräbt die Leichtigkeit, mit der jetzt innerhalb weniger Wochen Hilfe und Unterkunft für Millionen von Menschen organisiert wird, die Grundannahme der angeblichen „Flüchtlingskrise“ in Europa, bei der es nie um einen Mangel an Platz oder Ressourcen ging. Eine Person brachte es bei Twitter auf den Punkt: „Europa hatte nie eine Migrantenkrisis. Es hat eine Rassismus-Krise.“ [1] Diese Wahrheit wird nicht nur durch die

Art und Weise bestätigt, wie nicht-weiße Flüchtlinge, die die Ukraine verlassen, an den Grenzen behandelt werden, sondern auch durch die humanitäre Krise, die sich seit dem Sommer 2021 an der polnischen Grenze zu Weißrussland abspielt. Hier werden die Flüchtlinge nicht mit heißem Tee und kostenlosem Transport empfangen, sondern mit Tränengassalven, Stacheldraht und Pushbacks.

Seit letztem Sommer haben Tausende von Menschen versucht, von Weißrussland aus nach Polen zu gelangen. Dabei wurden sie von den weißrussischen Behörden gedrängt und von den polnischen Grenzbeamten gewaltsam zurückgeschlagen. Wochen- und monatelang saßen sie zwischen den beiden Grenzen fest und waren inmitten der beiden Staaten verzwweifelt immobilisiert. Obwohl diese Krise zwischenzeitlich in den Hauptnachrichten auftauchte, wurde sie größtenteils – getreu der Geschichte der Festung Europa an allen Fronten – weitgehend ignoriert.

Mehrere Solidaritätsgruppen, die sich an der Seite der lokalen Bevölkerung in der Grenzregion organisieren, bieten den

Autor: Grupa Granica

Grupa Granica ist ein Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) für humanitäre Hilfe und autonomen Gruppen, die seit August 2021 die an der polnisch-weißrussischen Grenze eingeschlossenen Menschen unterstützen und die Situation dort dokumentieren.

Menschen, die in dem bergigen Gelände unterwegs sind, Unterstützung an. Zu ihnen gehört die Grupa Granica [2] – eine Koalition, die als Teil der Graswurzel-Bewegung auf die Krise an der Grenze zu Belarus gegründet wurde. Wir sprachen mit ihnen, um mehr über die Situation an der Grenze zu erfahren: einem weiteren Brennpunkt des rassistischen, gewalttätigen und kriminellen europäischen Grenzregimes.

Nebenbemerkung: Seit diesem Interview wurden mehrere Mitglieder der Grupa Granica-Koalition von den polnischen Behörden unter dem erfundenen Vorwurf des illegalen Schmuggels von Menschen über die Grenze festgenommen [3]. Dies zeigt, wie weit der polnische Staat bereit ist zu gehen, um die lebensrettende Solidaritätsarbeit der Aktivisten in der Grenzregion zu kriminalisieren und zu behindern.

Als Reaktion auf diesen eindeutigen Akt der Einschüchterung hat Grupa Granica erklärt: „Die Erhebung von Strafanzeigen gegen vier Aktivisten, die selbstlos Flüchtlingen an der polnisch-weißrussischen Grenze helfen, sollte als Beispiel für unrechtmäßige Schikanen und Einschüchterung von Menschen betrachtet werden, die das Leben anderer retten. Was sie an der ukrainischen Grenze zu Helden macht, macht sie an der Grenze zu Weißrussland ungerechtfertigterweise zu Kriminellen. Das polnische Recht verbietet nicht nur nicht, sondern befiehlt sogar, denjenigen zu helfen, deren Leben in Gefahr ist. Deshalb lehnen wir die Kriminalisierung der humanitären Hilfe für Flüchtlinge entschieden ab!“ [4]

ROAR verurteilt die Aktionen des polnischen Staates und steht in voller Solidarität mit den Genossen der Grupa Granica. Sie können hier einen Beitrag zu ihrer Arbeit leisten [5].

Können Sie uns einen Überblick über die Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze seit letztem Sommer geben?

Grupa Granica: Die humanitäre Krise an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland dauert schon seit über neun Monaten an. Seit Juli 2021 hatte die autoritäre Regierung des belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukaschenko Menschen vor allem aus Afghanistan und destabilisierten Teilen des Nahen Ostens und Afrikas mit dem Versprechen zur Reise nach Belarus ermuntert, über die polnische Grenze in die Europäische Union zu gelangen. Dies war Teil eines finsternen Machtspiels zwischen dem belarussischen Regime und der Europäischen Union als Reaktion auf die EU-Sanktionen in den Jahren 2020 bis 2021 nach der Niederschlagung der Wahlopposition und der Straßendemonstrationen.

Im August 2021 steckten 32 Flüchtlinge in der polnischen Grenzstadt Usnary Górný zwischen den beiden Landesgrenzen fest, da Grenzbeamte auf beiden Seiten ihre Reise verhinderten. Zu der Gruppe gehörten 27 Männer und fünf Frauen, alle aus Afghanistan. Sie schliefen in Zelten, und außer etwas Brot, das sie von den belarussischen Grenzsoldaten erhielten, bekamen sie keine Hilfe und waren gezwungen, Wasser aus einem nahe gelegenen Fluss zu trinken. Aktivisten aus Polen wurden von polnischen Grenzbeamten daran gehindert, der Gruppe zu helfen. Nach einigen Wochen des Stillstands umzingelten polnische Polizisten und Grenzsoldaten die Gruppe und zwangen sie gewaltsam zurück nach Belarus. Es war ein symbolischer Moment, in dem die Behörden ihre extreme Gewalt offenlegten und die Gesellschaft nicht in der Lage war, darauf zu reagieren. Die Aktivisten in der Region wurden gezwungen, diese zu verlassen.

Ab August wurden kleine Gruppen von Aktivisten entlang der polnisch-weißrussischen Grenze aktiv und versuchten, den Menschen zu helfen, die aus Weißrussland kamen. Dies war der Beginn dessen, was die Regierung und die Medien als „Migrationskrise“ bezeichnet haben. Was aber in Wirklichkeit – aufgrund des Ausmaßes der Gewalt, einschließlich der Todesfälle – eindeutig eine humanitäre Krise ist. Belarussische Behörden lockten Menschen mit falschen Versprechungen an die Grenze, wo viele dann von polnischen Grenzsoldaten aufgegriffen,

geschlagen und zurückgedrängt wurden. Einige versuchten bis zu 20-mal, auf die polnische Seite zu gelangen.

Infolge der Grausamkeit und der Unfähigkeit des polnischen Staates zu einer Reaktion, haben sich lokale Gemeinschaften und Graswurzel-Bewegungen radikalisiert und die Sache selbst in die Hand genommen, indem sie den Menschen, die in den Wäldern entlang der Grenze festsitzen, humanitäre Hilfe leisteten und diese Gewalt dokumentierten. Das Netzwerk Grupa Granica – ein informeller Zusammenschluss von 14 NGOs und Aktivisten mit unterschiedlichem Hintergrund, darunter No-Border-Gruppen, Anarchisten und andere Linke – ist in diesem Zusammenhang entstanden.

Viele ortsansässige Gruppen trotzen dem Kriegsrecht und tun, was sie können, um das Leid und den Tod, das über die Flüchtlinge und Migranten gebracht wird, zu stoppen. Obwohl die Behörden durch die Verhängung des Kriegsrechts in den Grenzgebieten diese Hilfsmaßnahmen kriminalisieren, leisten Aktivisten weiterhin Hilfsdienste und dokumentieren die Situation.

Könnten Sie die Rolle des belarussischen und des polnischen Staates beim Zustandekommen dieser Situation näher erläutern?

Beide sind auf ihre Weise für diese Krise verantwortlich, da sie die Migranten als Werkzeuge zum Wegwerfen, Spielfiguren oder sogar als strategische Aktivposten in einem Kontext „hybrider Kriegsführung“ betrachten. Seit dem Spätsommer 2021 hat Lukaschenkos Regime die Ängste der EU-Staats- und Regierungschefs und der Gesellschaft in Bezug auf die Migration auf zynische Weise ausgenutzt. Seine Regierung hat Tausenden von Menschen, die einen Weg in die EU suchten, Visa ausgestellt, um sie dann zur irregulären Einreise nach Polen, Litauen oder Lettland zu zwingen. Unter Ausnutzung des Mangels an sicheren humanitären Korridoren und der Möglichkeit, internationalen Schutz zu beantragen, führte Lukaschenko ein System von „Visa und Tickets nach Europa“ ein. Die

Menschen kamen in Minsk an, ohne etwas über diese Zusammenhänge zu wissen, und ein Netz von Reisebüros, Taxis oder Militärfahrzeugen sorgte dann für die Weiterreise zur Grenze. Dort waren sie extremer Gewalt ausgesetzt – Schläge, Stromschläge, Vergewaltigung, Hunger, Inhaftierung und vieles mehr. Natürlich hatten sie keine Möglichkeit, einfach auf polnisches oder EU-Territorium überzusetzen, und wurden von Anfang an von den polnischen Behörden barbarisch behandelt.

Nach diesem Kriegsnarrativ verhängte Polen Anfang September den Ausnahmezustand über drei Kilometer der Grenzregionen (Podlachien und Lublin). Infolgedessen wurde sowohl polnischen als auch internationalen Reportern, Aktivisten, Organisationen und medizinischen Hilfstteams der Zugang zum Grenzgebiet untersagt. Nach der polnischen Verfassung hätte die „Kriegsrechtszone“ (oder „Rote Zone“) nur für drei Monate zugelassen werden dürfen. Nach Ablauf dieses Zeitraums änderte man jedoch einfach das Gesetz und hat seitdem das Kriegsrecht in dem Gebiet auf unbestimmte Zeit verlängert. Das Ergebnis ist die systematische Militarisierung der Grenze und des täglichen Lebens in der Grenzregion sowie eine Politik, die Aktivisten, Journalisten und Hilfsorganisationen den Zugang zum Grenzgebiet verwehrt. Nur Bewohner aus der Roten Zone können das Gebiet betreten.

Da den Medien und Aktivisten der Zutritt verwehrt wird, sind die meisten Informationen aus dem Grenzgebiet praktisch staatliche Propaganda. Im Oktober, als es aufgrund des Drucks von Aktivistengruppen und Journalisten nicht mehr möglich war, das Ausmaß der Gewalt an der Grenze zu verbergen, organisierte die polnische Regierung eine Pressekonferenz. Dort wurden die nationalen und internationalen Medien mit obszönen, rassistischen Fiktionen über „räuberische“ Migranten konfrontiert, die das Land „infiltrieren und angreifen“ wollten. Das absurde Ausmaß an rassistischer Desinformation, das im politischen Diskurs Polens und in den Medien allgemein zur Norm geworden ist, ist unglaublich. Die allgemeine Botschaft der Pressekonferenz lautete, dass jeder Migrant männlich und in

irgendeiner Form zoophil, ein russischer Agent oder drogenabhängig sei. Die ersten Todesopfer der Politik des Zurückdrängens sollen an den Folgen des „Drogenkonsums“ gestorben sein.

Die Angst der polnischen Regierung davor, dass ihre illegalen und repressiven Methoden aufgedeckt werden, zeigt sich darin, dass sie sogar Frontex – deren Hauptsitz sich in Warschau befindet – verboten hat, die Rote Zone zu betreten. Scheiß auf Frontex, natürlich, aber das zeigt, wie sehr die rechte Regierung darauf bedacht ist, dort die Kontrolle zu behalten. Und es ist bezeichnend dafür, wie sie die EU zugunsten der Verfolgung ihrer nationalistischen Agenda wissentlich missachtet wird.

Könnten Sie die Reaktion des polnischen Staates aus Ihrer Sicht in einen größeren Zusammenhang stellen, sei es historisch oder im Hinblick auf seine Stellung innerhalb des EU-Grenzregimes?

Die polnische Politik des Zurückdrängens an der belarussischen Grenze ist keine neue Entwicklung; ähnliche Praktiken waren bereits zwischen 2013 und 2015 weit verbreitet, mit Berichten über mehrfaches Zurückdrängen, insbesondere von Tschetschenen an offiziellen Grenzübergängen [7]. Es wurde zu einem allgemeinen Trend entlang der feindseligen Grenzen und Routen der EU, die Genfer Konvention in der Praxis nicht mehr anzuwenden – wodurch die Aufteilung in diejenigen, die Anspruch auf Sicherheit haben, und in diejenigen, die aus anderen Gründen flüchten, nicht mehr stattfindet.

Unter dem Banner einer Politik der „Sicherheit“ haben die polnischen Staatsorgane auf zynische Weise rassistische Klischees verstärkt und eine Toleranz gegenüber staatlicher Gewalt gezüchtet. Dies trägt auch dazu bei, die eigenen nationalistischen Machtspiele zu legitimieren. Staatsgrenzen haben schon immer gedient, Hierarchien und soziale Spaltungen auf der geopolitischen Weltkarte zu bewahren. Die von Lukaschenko geschürte Krise eröffnet dem polnischen Staat die Möglichkeit, eine härtere Grenze durchzusetzen und defensive fremden-

feindliche Loyalitäten im eigenen Land weiter zu festigen.

Seit dem Ende des kommunistischen Regimes im Jahr 1989 basiert die polnische Migrationspolitik auf internationalen Vereinbarungen und Verträgen über Sicherheitsmaßnahmen an der Ostgrenze des Schengen-Raums, d.h. auf der Verstärkung der Grenzen und einem organisierten Abschiebesystem. Seit dem Zweiten Weltkrieg war das Land außerdem besonders inselartig und homogen. Es gab kaum eine öffentliche Debatte über irgendeine grundlegende Idee von Multikulturalismus, wenig Kontakt mit Menschen außerhalb Polens – und in diesem Umfeld konnte die Angst vor dem „Anderen“ gedeihen. Es ist eine bekannte Geschichte.

Jahrelang haben Politiker und Medien Migranten als Bedrohung für die nationale Sicherheit dargestellt. Die fremdenfeindliche und rassistische Sprache stammt direkt aus dem Neonazi-Wörterbuch. Bereits 2015, als der Diskurs über die „Flüchtlingskrise“ in ganz Europa an Fahrt aufnahm, sprachen die polnischen Behörden öffentlich und offen über die „Parasiten“, die von den Flüchtlingen mitgebracht werden, und von der Notwendigkeit, den Nationalstaat gegen sogenannte Vergewaltiger und Terroristen verteidigen zu müssen.

Unabhängig davon, ob es sich um Polen oder ein anderes europäisches Land handelt, sollten wir natürlich nicht vergessen, dass sich die große Mehrheit der Flüchtlinge und Migranten im globalen Süden befindet. Polens rassistische Hysterie ist nur eine weitere Version eines allgemeineren europäischen Wahns über eine „Migrantenkrise“. Und sie dient dazu, die Gesellschaft besser zu kontrollieren und den Staat zu stärken. All dies verdeutlicht die tiefe Krise westlicher politischer Institutionen, wenn es darum geht, die Verantwortung für die andauernde Geschichte der westlichen Welt in Bezug auf Ressourcenabbau und Destabilisierung im Nahen Osten und im globalen Süden zu übernehmen. Polen ist weit davon entfernt, eine imperialistische Macht zu sein, aber mit seinem Beitritt zur NATO im Jahr 1999 und zur Europäischen Union im Jahr 2004 hat es seine Interessen entscheidend mit denen

der traditionelleren westlichen Mächte in Einklang gebracht.

Inzwischen haben sich bestimmte grundlegende Standards (wie die grundsätzliche Weigerung, Menschen sterben zu lassen) in gefährlicher Weise verschoben. Was früher für viele als Ausnahme galt – eine Abweichung vom Gesetz und eine Ausnahme von der Regel – ist heute zur Norm geworden und wird kaum noch hinterfragt. Dies zeigt sich in der Normalisierung und Gewöhnung an die steigende Zahl von Todesfällen, die durch die staatliche Politik und die Vermisstenfälle im Grenzgebiet verursacht werden, – und an der Tatsache, dass niemand für diese Ungerechtigkeiten zur Rechenschaft gezogen wird. Die Entmenschlichung des „Anderen“, der als existenziell anders als die polnische Mehrheit angesehen wird, – in einer weitgehend homogenen Gesellschaft – bereitet den Boden für die Gewalt.

Wie hat der polnische Staat zusätzlich zur militarisierten Zone und der Blockade des Zugangs zur Grenze sonst noch reagiert? Es gibt auch Pläne für den Bau einer massiven Grenzmauer. Können Sie darüber sprechen?

Die Verhängung des Ausnahmezustands wurde vor allem deshalb notwendig, um alle möglichen Parteien daran zu hindern, die Behörden zu überwachen und das Ausmaß der von der Regierung orchestrierten Brutalität und Gewalt zu veröffentlichen. Dazu gehört auch, dass die tatsächliche Zahl der Todesfälle, die direkt auf die angewandte Politik zurückzuführen sind, die Zahl der zurückgeschobenen Kinder und die Formen der Folter, denen die Migranten ausgesetzt waren, verschwiegen werden.

Bis heute (Mitte März 2022) wird die Zahl der bestätigten Todesopfer auf polnischer Seite auf 19 geschätzt. Auf der belarussischen Seite gibt es natürlich keine Informationen, weil die Medien des belarussischen Regimes nicht darüber berichten werden. Niemand ist in der Lage, eine genaue Schätzung abzugeben. Aber nach dem, was wir gesehen haben, ist es nicht unvernünftig, Massengräber auf der polnischen Seite zu erwarten.

Zusätzlich zu Pushbacks und Kriegsrecht hat der Staat Pläne für den Bau einer Stahlmauer mit Stacheldraht entlang der polnisch-weißrussischen Grenze vorgelegt. Der Bau begann am 25. Januar 2022 und soll mindestens mehrere Monate dauern.

Abgesehen von den humanitären Auswirkungen, den Grenzübertritt noch gefährlicher zu machen, lehnen wir den Plan auch wegen der enormen ökologischen und wirtschaftlichen Kosten seines Baus, die unumkehrbar sein werden, entschieden ab. Die Mauer wird entlang eines wertvollen und geschützten Gebiets gebaut werden, einem der wertvollsten Wälder Europas – dem Białowieża-Urwald –, der seit Jahren von Aktivisten gegen seine Zerstörung verteidigt wird.

Was die wirtschaftlichen Kosten betrifft, so hat die Regierung beschlossen, eine schwindelerregende Summe von bis zu 1,6 Milliarden Zloty (ca. 360 Millionen Euro) für eine „Investition“ auszugeben, die zum Scheitern verurteilt ist. Das ist sie deshalb, weil noch keine einzige Mauer die erzwungene Migration von Menschen gestoppt hat, die vor Krieg, Armut, Gewalt, Verfolgung oder Folter fliehen. Und das alles in Zeiten rasant steigender Inflation und der anhaltenden COVID-19-Pandemie.

Der Betrag, der für die Mauer bereitgestellt wird, ist mehr als zehnmals so hoch wie der diesjährige Haushalt des polnischen Ausländeramtes. Diese Einrichtung ist für die Durchführung von Verfahren zum internationalen Schutz und für die Verwaltung von Flüchtlingszentren zuständig. In diesen Zentren werden diejenigen inhaftiert, die es schaffen, die Grenze zu überqueren, wenn sie ein formelles Asylverfahren beantragen. Sie sind praktisch Gefängnisse mit überfüllten Zimmern, schlechter medizinischer Versorgung, schlechter Verpflegung und minimalen Kontakten zur breiteren Gesellschaft. Es gab zahlreiche Proteste vonseiten der Eingeschlossenen – je nach Zentrum quer durch alle Geschlechter und Altersgruppen –, die eine menschenwürdige Behandlung forderten.

Statt solcher Mauern und Gefängnisse sollte die Regierung öffentliche Mittel für den Aufbau von Institutionen, Ämtern und Organisationen bereitstellen, die über

die notwendigen Ressourcen und Kompetenzen verfügen, um eine Migrationspolitik umzusetzen, die die Rechte, die Würde und die Sicherheit von Migranten in den Mittelpunkt stellt. Dies sind die Grundsätze, die die Graswurzel-Solidaritätsgruppen in den letzten Monaten in der Praxis demonstriert haben.

Der Staat hat dieses Konzept des hybriden Krieges hervorgehoben und die Frage der Migration zu einer Frage der nationalen Sicherheit gemacht. Wie hat sich dies auf den Druck ausgewirkt, der auf solidarisch handelnde Gruppen ausgeübt wird?

Der polnische Staat hat Menschen kriminalisiert, die Hilfe leisten und auf das Problem aufmerksam machen. Indem er die humanitäre Krise zu einem politisch-militärischen Konflikt mit Weißrussland erklärt hat, schuf er eine Situation, in der selbst polnische staatliche Rettungsdienste im Grenzgebiet eingeschränkt sind. Krankenwagen, Sanitäter und das Polnische Rote Kreuz sowie alle Institutionen und internationalen Organisationen, die in der Lage wären, die Migranten zu finden und ihnen sofortige Hilfe zu leisten, dürfen die Rote Zone nicht betreten. Aus Angst vor politischen Reaktionen halten sich diese Organisationen an die von der Regierung aufgestellten Regeln und üben somit nicht genug Druck aus, um eine Änderung der Regeln zu erreichen.

Alle polnischen NGOs, die der Grupa Granica angehören, haben erklärt, dass sie in die Rote Zone wollen, ebenso wie einige internationale NGOs. Aber die Regierung lässt das nicht zu. Die Antwort ist klar: Nach dem neuen Gesetz „ist es eine No-Go-Zone. Wir müssen das Land verteidigen“. Diejenigen, die die Migranten unterstützen, sind „nützliche Idioten“ in Lukaschenkos hybridem Krieg, und sie stellen auch eine Bedrohung für die Sicherheit des Landes dar.

Ähnlich wie in anderen Ländern, in denen die Solidarität unterdrückt wird, werden Freiwillige wegen Schleusung, Unterstützung der illegalen Einwanderung und mehr angeklagt. Einfache Handlungen wie die Bereitstellung von Tee oder

Decken für unterkühlte Migranten werden kriminalisiert. Jeglicher Zugang zum Grenzgebiet ist verboten, selbst wenn eine Person in Lebensgefahr schwebt – wenn sie nach Wochen im Wald, in denen sie Blätter gegessen und Wasser aus dem Fluss getrunken hat, einen Krankenwagen ruft.

Viele in der polnischen Gesellschaft haben jedoch erkannt, dass eine humane Reaktion auf die Situation an der Grenze eine grundlegende Pflicht ist. Aus diesem Grund sind Koalitionen wie die Grupa Granica entstanden, die es in einem anderen Kontext nie gegeben hätte. Verschiedene NGOs, Aktivisten und Anwohner arbeiten zusammen und sind entschlossen, weiterhin einzugreifen und praktisch auf die Krise zu reagieren. Ebenso können nur selbstorganisierte Strukturen und zeitlich befristete Koalitionen, wie die unsere, die Politiker zwingen und den Druck für eine Änderung der Politik ausüben.

Die wahren Helden sind die Frauen, Männer und Kinder, die in ihren Heimatländern oder auf ihrem Weg hierher Kriege - und wer weiß, was noch alles - an Repressionen erlitten haben. Die Aufrechterhaltung von Solidarität, Unterstützung und Formen der Zusammenarbeit, um alle gewalttätigen Grenzmechanismen sichtbar zu machen – das ist unsere grundlegende Pflicht.

Was hat sich vor allem seit der Invasion der Ukraine geändert?

Kurz, die Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze hat sich seit der Massenflucht aus der Ukraine in keiner Weise verbessert. Es ist gut dokumentiert, dass es ein diskriminierendes Verfahren für die Aufnahme von Menschen gab, die gezwungen waren, aus der Ukraine zu fliehen. Dieser Tatsache können wir nur wenig hinzufügen. Wir werden unsere Arbeit fortsetzen, auch wenn der Staat seine Kriminalisierung der Solidarität verschärft. Die Menschen an der belarussischen Grenze sind immer noch mit der gleichen Realität konfrontiert, dass sie dort festsitzen – vor- und zurückgedrängt – und ihnen jegliche Sicherheit verwehrt wird.

Einerseits änderte der polnische Staat mit dem Massenexodus aus der Ukraine seine Politik, um einen leichteren Grenzübergang zu ermöglichen. Dies erlaubte eine schnellere Flucht vor dem Krieg und hat offensichtlich gezeigt, dass ein völlig anderer Umgang mit der Migration möglich ist. Auf den Bildern aus dem Grenzgebiet sehen wir Soldaten und die Armee, die den Menschen helfen, sowie polnische und ausländische NGOs, die grundlegende Hilfe leisten. In Wirklichkeit wird die wichtigste Arbeit von der Gesellschaft geleistet (Einzelpersonen oder NGOs, nicht nur aus Polen, sondern auch aus anderen Ländern. Viele von ihnen sind selbstorganisiert und arbeiten unentgeltlich). Dieses Netzwerk der Solidarität kann einem derartigen Dauerdruck aber nicht standhalten, wenn es keine Macht und keine Instrumente für den sozialen Wandel hat. Die Frustration wächst, weil die polnischen Behörden die Situation in der Ukraine gleichzeitig für politische Zwecke nutzen – um die Geschichte und die tägliche Gewalt an der Grenze zu Weißrussland auszulöschen und der Welt zu zeigen, dass Polen „Flüchtlinge willkommen heißt“.

In der Tat wird Polen auf der internationalen Bühne heute weitgehend als ein Land wahrgenommen, das Flüchtlingen Hilfe und Zuflucht gewährt. Und das stimmt nicht, denn es handelt sich nur um eine sehr oberflächliche Hilfe, die auf rassistischen Spaltungen beruht. Diese Politik ist Ausdruck eines systemischen Rassismus, der die Menschen auf der Flucht unterteilt in diejenigen, die Hilfe oder Grundrechte verdienen, und diejenigen, die sie nicht verdienen.

Entlang der Grenze zu Weißrussland gibt es immer noch eine große Zahl von Menschen, die keine andere Wahl haben und trotz der eisigen Kälte, des Mangels an Unterkünften, Nahrungsmitteln oder medizinischer Versorgung versuchen, die Grenze zu überqueren. Heute ist jedes Zurückdrängen ein Risiko für ihre Gesundheit und ihr Leben. Viele Menschen, die seit letztem Herbst versucht haben, nach Polen zu gelangen, versuchen es immer noch. Sie haben den Winter in einem Lagerhaus auf einem ehemaligen belarussischen Militärstützpunkt oder in Minsk oder Grodno verbracht und kämpfen immer noch

für ein besseres Leben, indem sie versuchen, nach Europa zu gelangen.

Solange ein politischer Diskurs, der auf Lügen und Entmenschlichung beruht, unangefochten bleibt, wird die gewalttätige Politik, die sich daraus ergibt, mit der Komplizenschaft der breiteren polnischen Gesellschaft weitergehen. Als Antwort auf diese rassistische staatliche Gewalt müssen wir uns einmischen und organisieren, indem wir gemeinsam mit den Menschen, die unterwegs sind, Unterstützungsstrukturen aufbauen. Gemeinsam werden wir weiter zurückschlagen.

Quellen:

- [1] twitter Online-Kurznachrichtendienst, Dr Ayo Sogunro - The Observer „Can't get it out of my head that Europe cried about a 'migrant crisis' in 2015 against 1.4m refugees fleeing war in Syria and yet quickly absorbed some 2m Ukrainians within days, complete with flags and piano music.“ („Es geht mir nicht aus dem Kopf, dass Europa 2015 über eine „Migrationskrise“ geschrien hat, als 1,4 Millionen Flüchtlinge vor dem Krieg in Syrien flohen, und doch innerhalb weniger Tage etwa 2 Millionen Ukrainer mit Fahnen und Klaviermusik aufgenommen hat.“), am 10.3.2022: <<https://twitter.com/ayosogunro/status/1501796804161069062>>
- [2] Grupa Granica Hilfsorganisation, Homepage, gegründet in 2021: <<https://www.grupagranica.pl/>>
- [3] The Guardian Magazin, Weronika Strzyżyńska „Poland detains activists accused of smuggling migrants over Belarus border“ („Polen nimmt Aktivisten fest, die beschuldigt werden, Migranten über die weißrussische Grenze geschmuggelt zu haben“), am 25.3.2022: <<https://www.theguardian.com/global-development/2022/mar/25/poland-detains-activists-accused-of-smuggling-migrants-over-belarus-border>>
- [4] Instagram Onlineplattform, Grupa Granica Hilfsorganisation „When they helped refugees in Ukraine, they were called heroes. For helping in Podlasie region, they are called being criminals.“ („Als sie Flüchtlingen in der Ukraine halfen, wurden sie Helden genannt. Seitdem sie in der Region Podlachien helfen, werden sie als Kriminelle bezeichnet.“), am 25.3.2022: <<https://www.instagram.com/p/Cbhr8nxoXMG/>>
- [5] Zrzutka.pl Tool zum Erstellen von Online-Spendenaktionen Homepage „Grupa Granica zbiera środki na pomoc prawną i rzeczową dla uchodźców!“ („Grupa Granica sammelt Gelder für Rechts- und Sachhilfe für Flüchtlinge!“), am 9.2.2022: <<https://zrzutka.pl/petrsww>>
- [6] The Conversation Magazin, LEONID SCHEGLOW „Is the Belarus migrant crisis a 'new type of war'? A conflict expert explains“ („Ist die Flüchtlingskrise in Weißrussland eine „neue Art von Krieg“? Ein Konfliktspezialist erklärt“), am 17.11.2021: <<https://theconversation.com/is-the-belarus-migrant-crisis-a-new-type-of-war-a-conflict-expert-explains-171739>>
- [7] The Foreign Policy Centre Thinktank, Elena Kachanovich-Shlyk und Yan Matusевич „The pushback of asylum seekers from the North Caucasus and Central Asia at the Polish border“ („Die Abschiebung von Asylbewerbern aus dem Nordkaukasus und Zentralasien an der polnischen Grenze“), am 4.12.2017: <<https://fpc.org.uk/pushback-asylum-seekers-north-caucasus-central-asia-polish-border/>>